

„Die Rentenversicherung hat ein Ausgabeproblem“

Finanzwissenschaftler Rürup schlägt als Lösung schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit vor

In ihrem Haushaltsentwurf für 2003 geht die Bundesregierung davon aus, dass die Beiträge zur Rentenversicherung von derzeit 19,1 auf 19,3 Prozent steigen werden. Bert Rürup, Finanzwissenschaftler an der TU Darmstadt, meint, dies sei noch nicht sicher. Mit Rürup, der auch Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Berater von Bundesregierung und SPD ist, sprach Philipp Neumann.

DIE WELT: Herr Prof. Rürup, werden die Beiträge zur Rentenversicherung im kommenden Jahr steigen?

Bert Rürup: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht es in der Tat so aus, als ob die Beitragssätze im nächsten Jahr um 0,2 Prozentpunkte angehoben werden müssten. Die schwache Entwicklung der Beiträge in den ersten Monaten dieses Jahres ist allerdings nicht zuletzt aufgrund der streikbedingt aufgeschobenen Tarifierhöhungen nicht repräsentativ für das Gesamtjahr. Ob und in welchem Maße im nächsten Jahr die Beiträge erhöht werden müssen, hängt vom Verlauf der Beschäftigung und noch mehr von der Entwicklung der Arbeitsentgelte im zweiten Halbjahr ab. Von den nachgeholten Tarifierhöhungen sollte ein gewisser Kompensationseffekt ausgehen. Dagegen stellen aber die seit Januar möglichen steuer- und beitragsfreien Umwandlungen von Löhnen und Gehältern im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge zweifellos ein Risiko dar. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann man würfeln, welcher Effekt überwiegt.

DIE WELT: Welche Entwicklung des Beitragssatzes erwarten Sie?

Rürup: Bis 2010 dürften die Beiträge ziemlich stabil bleiben. Danach beginnen die eigentlichen demografischen Probleme. Die zunehmende Alterung der deutschen Bevölkerung ist das zentrale Problem der Rentenversicherung.

DIE WELT: Der CSU-Sozialexperte Horst Seehofer will diese Probleme durch An-

kurbelung der Wirtschaft lösen. Er meint, es müssten einfach mehr Beschäftigte Beiträge zahlen.

Rürup: Wenn er das so sagt, ist er auf dem falschen Dampfer. In der längeren Perspektive hat die Rentenversicherung kein Einnahmeproblem, sie hat in erster Linie ein Ausgabeproblem. Man kann die Rentenversicherung nicht sanieren, sprich gegen die demografische Entwicklung immun machen, indem man die Zahl der Versicherten maximiert. Für viele Arbeitslose zum Beispiel zahlt die Bundesanstalt für Arbeit bereits seit langem Beiträge an die Rentenkasse. Und wenn man den Versichertenkreis etwa um Selbstständige und Beamte erweitern würde, müsste man berücksichtigen, dass diese neuen Versicherten mit ihren Beiträgen auch neue Ansprüche erwerben. Ein Beschäftigungsschub oder eine Ausweitung des Versichertenkreises bringt nur eine temporäre Entlastung. Wenn es überhaupt so etwas wie einen Königsweg zur Entlastung der Rentenversicherung gibt, dann ist es eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

DIE WELT: Die Leute sollen länger arbeiten?

Rürup: Ja. Entscheidend ist die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, und zwar des gesetzlichen. Wenn man das effektive Renteneintrittsalter erhöht, hat man zwar auch ein steigendes Beitragsaufkommen, aber diese zusätzlichen Beiträge sind flüchtig. Denn bei einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit unterhalb der gesetzlichen Altersgrenze werden mit jedem zusätzlichen Arbeitsjahr nicht nur zusätzliche Rentenansprüche erworben, es entfallen zudem Abschläge. Das heißt, dass den höheren Beitragseinnahmen längerfristig höhere Leistungen ge-

genüberstehen. Auf der sicheren Seite ist man, wenn das gesetzliche Renteneintrittsalter hochgesetzt wird.

DIE WELT: Wie hoch denn?

Rürup: Ich würde das gesetzliche Renteneintrittsalter ab 2011 gleitend jedes Jahr um einen Monat heraufsetzen, dies aber bereits bald ankündigen, damit sich sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber darauf einstellen können. Ich halte es für zumutbar, einem heute 45-Jährigen zu sagen, dass er nicht mit 65, sondern mit 65 und 2 Monaten Jahren in Rente geht. Wird das gesetzliche Renteneintrittsalter um ein Jahr heraufgesetzt, führt dies zu einer dauerhaften Beitragssatzersparnis von 0,8 Prozentpunkten. Innerhalb des bestehenden Systems ist dies die wohl effektivste Stellschraube.

DIE WELT: Warum macht die Bundesregierung das nicht?

Rürup: Das müssen Sie die Bundesregierung fragen. Nur, das gängige Argument, man könne die Altersgrenze aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht hoch setzen, dokumentiert einen für mich wenig verständlichen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Fatalismus und ist von der gleichen Überzeugungskraft wie das Argument, dass Deutschland wegen der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit kein Einwanderungsland werden dürfte.

DIE WELT: Ist das System in seiner jetzigen Form zu halten?

Rürup: Die nächsten zehn Jahre sollten auf jeden Fall genutzt werden, um ein möglichst flächendeckendes Kapitalrentensystem aufzubauen, um einen Puffer gegen nicht auszuschließende weitere Leistungsrücknahmen bei den Sozialrenten zu haben. Nur eine Mischung aus Umlage- und Kapitaldeckung und die damit verbundene Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen der Alterssicherung ist die richtige Antwort auf das Problem der Alterung.